

Die politischen Pläne der

SPÖ

Die Zusammenarbeit mit den Ländern Westafrikas gilt den Sozialdemokraten als Schlüssel zur Lösung der Flüchtlingskrise. So sollen etwa in Niger Verfahrenszentren entstehen, illegale Migranten dorthin zurückgebracht werden. Fernziel: ein gemeinsames europäisches Asylsystem mit einheitlichen Verfahren sowie eine „Lastenverteilung mit standardisierten Leistungen“. Auch ein „Marshallplan“ zur Stabilisierung Nordafrikas ist Teil des roten Migrationskonzepts.



FPÖ

Natürlich ist das Thema als Kapitel eins im blauen Wahlprogramm zu finden. Mit starken Schlagworten spart man hier nicht: Die „autochthone Bevölkerung“, die „österreichische Leitkultur“ müsse geschützt, die Zuwanderung gestoppt werden. Im Asylverfahren will die FPÖ nur noch Sachleistungen gewähren. Vize-Parteichef Norbert Hofer hält auch die von ÖVP-Obmann Sebastian Kurz eingeführten Wertekurse für überflüssig. Und, natürlich: „Scheinasylanter“ seien abzuschlieben.

NEOS

Die Neos wollen ein gesamteuropäisches Asylsystem. Dieses soll „zumutbare Aufnahmekoten für jedes Land“ gewährleisten. Es soll gemeinsame Erstaufnahmecentren geben. Die Antragstellung auf Asyl könnte in den Botschaften der EU-Staaten erfolgen. In Österreich sollen die Asylverfahren in zweiter Instanz binnen einer 180-Tage-Frist entschieden werden. Kriegsflüchtlinge dürfen direkt um subsidiären Schutz auf Zeit ansuchen, nicht erst nach negativem Asylbescheid.

ÖVP

Hilfe vor Ort und Resettlement-Programme sind jene zwei Wege, die man in der Volkspartei einschlagen möchte, um die Fernziel – keine illegale Zuwanderung – zu erreichen. Die Auswahl der Flüchtlinge solle in den Krisenregionen erfolgen. Wer sich trotzdem selbstständig auf den Weg macht und beim Überqueren des Mittelmeeres aufgegriffen wird, soll in sogenannte „Rescue-Center“ außerhalb der EU gebracht, wer es illegal bis nach Europa schafft, in Lager in Drittstaaten oder zurück ins Herkunftsland geschickt werden.

GRÜNE

Anstelle der „Festung Europa“ wollen die Grünen ein „neues, faires und nachhaltiges EU-Asylsystem“. Das heißt: Über die Wiedereinführung von Botschaftsasyl soll ein sicherer und legaler Zugang ermöglicht werden. Gelangt Asylsuchende nach Europa, werden sie in gemeinsamen Erstaufnahmecentren untergebracht und dann rasch auf alle Mitgliedsstaaten weiterverteilt.

LISTE PILZ

Der Liste Pilz schwebt ein dreistufiges System vor. Zuerst werden jene Flüchtlinge vor Ort ausgewählt, die „in größter Not“ sind und die besten Integrationschancen haben. Diese werden dann ein halbes Jahr lang auf Österreich in von der Uno kontrollierten Lagern vorbereitet, lernen etwa schon Deutsch. Danach kommen sie legal ins Land. Ab dann gelte auch: „Wer mit Schleppern kommt, hat kein Recht auf Asyl.“ Die Rückführung abgelehnter Asylwerber in sichere Staaten soll forciert werden.

SPÖ

Die roten Ideen, der Reihe nach: Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr, ein verpflichtendes zweites Kindergartenjahr plus einheitliche Qualitätsstandards. Die Geldverteilung für Schulen soll anhand eines „Chancenindex“ erfolgen. Für Schulen mit besonders großen „Herausforderungen“ soll es 5000 zusätzliche Lehrkräfte geben.

FPÖ

Hier wollte man sie schon lange vor der ÖVP: eigene Schulklassen für Kinder, die die Unterrichtssprache Deutsch nicht ausreichend beherrschen. Deutsch soll auch in der Pause Pflicht sein, wer sich nicht daran hält, bekommt nach blauer Vorstellung einen Klassenbucheintragung. Außerdem auf dem bildungspolitischen Programm der Freiheitlichen: Das Gymnasium muss bleiben. Auch für den Erhalt der Sonderschule will man kämpfen.

NEOS

Die Neos wollen die Schulfinanzierung ändern: Für jeden schulgeldfreien Platz soll eine Schule einen fixen Betrag vom Staat bekommen. Für Kinder aus bildungsfernen Schichten oder mit nichtdeutscher Muttersprache gibt es eine Bonuszahlung. Die Zweiteilung in AHS und HS/NMS kommt zu früh. Es soll eine „Vielfalt an autonomen Mittelschulen geben“. Für Kindergärten braucht es mehr Personal.

ÖVP

Kindergarten soll gleich Kindergarten sein, findet jetzt auch die ÖVP – und strebt bundesweite Qualitätsstandards an. Bereits Volksschüler sollen digitale Kompetenzen erlernen, Ethik bei der Abmeldung vom Religionsunterricht verpflichtend sein. Und wie die Freiheitlichen will auch die Volkspartei separate Klassen für jene Kinder einrichten, die nicht ausreichend Deutsch sprechen, um dem Unterricht zu folgen.

GRÜNE

Es braucht eine gemeinsame Schule der Zehn- bis 14-Jährigen, um die „frühkindliche Selektion zu beenden“, sagen die Grünen. Die ganztägigen Schulformen gehörten ausgebaut. Weiters solle es ein Recht auf einen ganztägigen Schulplatz geben, wie auch auf einen kostenlosen Kindergartenplatz ab dem ersten Geburtstag. Gefordert wird auch ein zweites kostenlos verpflichtendes Kindergartenjahr.

LISTE PILZ

Was die Liste Pilz vor allem will, ist mehr Geld: etwa für eine bessere Entlohnung der Kindergartenpädagoginnen sowie für zusätzliche 2000 Lehrer und Lehrerinnen. Aber auch für den Ausbau (vor allem auch auf dem Land) für ganztägige Schulen mit verschränktem Unterricht – wo sich also Freizeit und Schulstunden über den Tag abwechseln. Klar spricht man sich für eine Gesamtschule aus. Die Noten in Volksschulen würden abgeschafft.

SPÖ

Die SPÖ präsentiert Vorschläge für ein paar konkrete Baustellen: Die Sozialversicherungsträger sollen künftig eigene „Terminservicestellen“ für dringende CT- und MRT-Untersuchungen einrichten. Das Ziel: maximal zwei Wochen Wartezeit für CT, max. vier Wochen für MRT-Untersuchungen. Auch die psychotherapeutische Versorgung will man ausbauen. Ein „Pflegegarantiefonds“ (gespeist u. a. aus der Erbschaftssteuer) und eine jährliche Anpassung des Pflegegeldes ist geplant.

FPÖ

Die Freiheitlichen wollen die Krankenkassen zusammenlegen. Ausländische Staatsbürger sollten eine separate Sozialversicherung bekommen. Alle für Kinder empfohlenen Impfungen sollen gratis sein, auch Naturheilmittel sollten von der Kasse übernommen werden. Dass künftig auch Schwangerschaftsabbrüche auf Krankenschein erfolgen könnten, kommt für die Blauen hingegen nicht in Frage. Dafür macht man sich für eine jährliche Valorisierung des Pflegegeldes und flexiblere Ärztearbeitszeiten stark.

NEOS

Die Neos fordern eine zentrale Finanzierung, um Doppelgleisigkeiten zu vermeiden. Ein Gesundheitspass soll eine Gesundenuntersuchung pro Jahr beinhalten und Zielvorgaben für die betreffende Person ermöglichen. Für Ordinationen soll es „flexible Ordinationsgestaltungsmöglichkeiten“ geben. Die Pflichtversicherung für die Basisversorgung soll über die Sozialversicherung erfolgen, ein Mehr über ein Modulsystem.

ÖVP

Wer regelmäßig zur Vorsorgeuntersuchung geht, soll auch finanziell etwas davon haben, findet die ÖVP. Dafür verspricht man „Transparenz und klare Limits bei Wartezeiten auf wichtige Operationen und Untersuchungen“. Gender- und Telemedizin sind die schwarz-türkisen Zukunftshoffnungen. Gegen „Missbrauch im Gesundheitssystem“ soll ein Foto auf jeder E-Card helfen. In Pflegeheimen will man zusätzliche Tagesbetreuungsplätze schaffen.

GRÜNE

Gleiche Beiträge für gleiche Leistung – das ist für die Grünen das wichtigste Ziel der Gesundheitsversorgung. Daher ist man für die Zusammenlegung der Krankenversicherungsträger auf eine Krankenkasse. Gleichzeitig müssen die kassenfinanzierten Leistungen ausgebaut werden. Ein „flächendeckendes und durchgängiges Therapieangebot für Kinder und Jugendliche“ müsse garantiert sein – und zwar kostenlos.

LISTE PILZ

Als ersten Schritt schlägt Teresa Roscher, zuständig für den Bereich Gesundheit bei der Liste Pilz, „einen Ausbau der Primärversorgungszentren als ein wesentlicher Faktor zur Entlastung der ambulanten Bereiche, auch in Krankenhäusern“, vor. Im Bereich Pflege müssten in den nächsten zehn Jahren jährlich 2000 zusätzliche Pflege- und Betreuungskräfte finanziert werden, um „den demografischen Veränderungen in der Bevölkerung gerecht werden zu können“.